

Grundstücksanlieger müssen nicht für neue Laternen zahlen

Spandauer SPD- Initiative bewirkt sinnvolle Änderung des Straßenausbaubeitragsgesetzes

Erst vor wenigen Wochen hatten Mitglieder der Spandauer SPD mehrere Änderungsvorschläge für das Straßenausbaubeitragsgesetz unterbreitet. Jetzt war eine der Initiativen erfolgreich: Die Berliner Koalition aus *SPD* und *Die Linke* hat sich darauf verständigt, private Grundstücksanlieger grundsätzlich nicht für Baumaßnahmen zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung zur Kasse zu bitten.

„Das Land folgt dabei zu 100 Prozent der Begründung für unseren Vorschlag“, freute sich Hannelore Steinig, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD- Fraktion in der Spandauer Bezirksverordnetenversammlung (BVV). „Weil die Straßenbeleuchtung eine selbständige öffentliche Aufgabe der Städte und Gemeinden ist, „sie ist historisch aus der Polizeigesetzgebung früherer Jahrhunderte erwachsen, „muss die öffentliche Hand solche Investitionen auch allein tragen,“ erläuterte Expertin Steinig den geschichtlichen Aspekt des Themas.

Auch der zweite Autor der Spandauer Vorschläge zu dem Berliner Gesetz, der baupolitische Fraktionssprecher der Sozialdemokraten, Matthias Judt, begrüßte die Entwicklung: „Die Entwicklung der klassischen Straßenbeleuchtung erlebt eine dramatische Umwälzung. Binnen kurzer Zeit werden wir mit dem Übergang zur LED-Technologie einen Erneuerungsschub in der Straßenbeleuchtung erleben. Mit modernen Lampen kann danach der Energieverbrauch für die Beleuchtung von Straßen und Plätzen erheblich gesenkt werden.“ Den Vorteil daraus zögen die Steuerzahler. Judt: „Da ist es nur fair, wenn die Kosten der Erneuerung nicht den Anliegern auferlegt werden.“

Die Änderung des Straßenausbaubeitragsgesetzes soll rückwirkend zum 16. März 2006, dem Tag der Verabschiedung des Gesetzes im Abgeordnetenhaus, in Kraft gesetzt werden und damit alle seitdem erfolgten Straßenbaumaßnahmen betreffen.

Berlin- Spandau, 15. Juni 2009

Diese Nachricht erhielten Sie von:

SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Berlin-Spandau

Rathaus Spandau - Nebengebäude 2.OG - Raum 1209/1210

Carl-Schurz-Straße 2/6 - 13597 Berlin

Telefon: (030) 90 27 9 - 24 07

Telefax: (030) 90 27 9 - 27 22

ACHTUNG:

Bitte beachten Sie unsere neue Einwahlnummer:

Bitte wählen Sie anstelle der "3303" vor unseren Durchwahlnummern die "90279". Dies gilt auch für alle anderen Telefonnummern des Bezirksamtes!

info@spd-fraktion-spandau.de <mailto:info@spd-fraktion-spandau.de> -

www.spd-fraktion-spandau.de <<http://www.spd-fraktion-spandau.de>>

Sprechzeiten:

Mittwochs 10:00 Uhr - 11:30 Uhr

Donnerstags 16:30 Uhr - 18:00 Uhr

In den Schulferien nach Vereinbarung